

258946-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Erweiterungsbau Kindertagesstätte in Neuwied - Los 1: Objektplanung
OJ S 78/2025 22/04/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

E-Mail: verdingungsstelle@neuwied.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterungsbau Kindertagesstätte in Neuwied - Los 1: Objektplanung

Beschreibung: Gegenstand dieses Ausschreibungsverfahrens sind Leistungen des Leistungsbildes Los 1 - Objektplanung Gebäude gemäß §§ 33 ff. HOAI. betreffend die Erweiterung der Kindertagesstätte AWO, Am Schlosspark 40, 56564 Neuwied. [1].

Beauftragter Leistungsumfang ist nach näherer Maßgabe der Verträge die Erbringung von Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9, die dem Leistungsbild Objektplanung Gebäude zugeordnet sind. Parallel werden die Planungsleistungen betreffend das Leistungsbild Freianlagen, Tragwerksplanung und TGA als separate Lose vergeben. Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen im Sinne einer Erweiterung des Vertrages entsprechend § 315 BGB durch den AG wie folgt: Objektplanung Gebäude: (a.) 1. Stufe: LH 1-4, (b.) 2. Stufe: LP 5, 6, (c.) 3. Stufe: LP 7-9. [2]. Für den Bauablauf stellt der Auftraggeber folgende Anforderungen in zeitlicher Hinsicht: (a). Mit der Auftragsausführung soll unmittelbar nach Beendigung des Vergabeverfahrens begonnen werden. Die Leistungsphase 4 wird der Auftragnehmer voraussichtlich Oktober 2025 abschließen. (b). Mit der Ausführung der erforderlichen Bauleistungen soll spätestens im März 2026 (Baubeginn) begonnen werden. (c). Die Maßnahme soll spätestens bis Ende 2027 abgeschlossen sein (Bauende). [3].

Auftragsgegenstand: Gegenstand dieses Ausschreibungsverfahrens sind Leistungen des Leistungsbildes Los 1 - Objektplanung Gebäude gemäß §§ 33 ff. HOAI. betreffend die Erweiterung der Kindertagesstätte AWO, Am Schlosspark 40, 56564 Neuwied. Gemarkung /Flurstück: Neuwied, Flur 1, Flurstück 9/2. Bruttogrundrissfläche, BGF: Bestand ca. 1065 m², Neubau 690 m², Grundstücksfläche: ca. 5737m², Aussenspielbereichfläche: ca. 3982m². [4]. Weitere Informationen entnehmen Sie der Anlage "AzA Objektplanung" aus den Vergabeunterlagen.

Kennung des Verfahrens: 38f15f6c-c40d-46c2-ba26-1536eb66194f

Interne Kennung: 2024-63

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Neuwied (DEB18)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Adresse: Kindertagesstätte AWO, Am Schlosspark 40, 56564

Neuwied. Gemarkung/Flurstück: Neuwied, Flur 1, Flurstück 9/2

2.1.4. Allgemeine Informationen

Dieses Verfahren wird neu aufgelegt

Zusätzliche Informationen: [1.] Landestariftreuegesetz - LTTG Rheinland-Pfalz - Landesgesetz zur Schaffung tariftreurechtlicher Regelungen – Rheinland-Pfalz Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landestariftreuegesetzes vom 8. März 2016: Die Bieter/Bewerber haben die Verpflichtung das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz zu beachten und einzuhalten. Das Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätztem Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei der Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen. Im Hinblick auf das v. g. Landesgesetz machen wir darauf aufmerksam, dass gemäß § 6 Nachweise und Kontrollen LTTG dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung nach §§ 3 Mindestentgelt und 4 Tariftreuepflicht auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen ist und im Falle der Missachtung nach § 7 LTTG sanktioniert wird. Im Kontext zu § 7 Sanktionen LTTG wird um die Einhaltung der Verpflichtungen nach §§ 3 bis 6 zu sichern, für einen schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H. des Auftragswertes vereinbart. In diesem Zusammenhang ist das beauftragte Unternehmen zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Des Weiteren wird vereinbart, dass die mindestens grob fahrlässige und erhebliche Nichterfüllung einer Verpflichtung nach §§ 3 bis 6 durch das beauftragte Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Bei Fehlen der Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 3 Abs. 1 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen. Bei Fehlen der Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 4 Abs. 6 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen. Bieter/Bewerber mit Sitz im Inland, sowie deren Nachunternehmer mit Sitz im Inland, Verleiher von Arbeitskräften mit Sitz im Inland haben gemäß den Vorgaben des LTTG Rheinland-Pfalz eine Verpflichtungserklärung abzugeben. Dies gilt auch, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz im Inland beschäftigt sind. [2].Der Bewerber hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die Erklärung (Anlage in den Vergabeunterlagen) auszufüllen und als Teil der Angebotsunterlagen abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. Der Angebotsunterlagen sind auf der Vergabepattform (www.subreport.de bzw. iTWO tender) eingestellt. [3] .Die Angebotsunterlagen / Teilnahmanträge und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu

speichern. Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform (www.subreport.de) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Angebot auf die Plattform hochzuladen. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter, der die Erklärung abgibt, zu benennen. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. [4]. Der öffentliche Auftraggeber kann den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten (vgl. § 17 Abs. 11 VgV). [5]. Teilnahmeanträge, die nach Ablauf des vorgenannten Schlusstermins eingehen, werden von der Wertung ausgeschlossen. Der Teilnahmeantrag ist unter Verwendung der in den Vergabeunterlagen enthaltenen Formblätter im PDF-Dateiformat, ggf. eingescannt, ohne Kopier- / Druckschutz, zu übermitteln, sofern in den Vergabeunterlagen kein anderes Format vorgegeben oder zugelassen ist. Eine Abgabe der Teilnahmeanträge per Post, Fax oder E-Mail ist nicht zugelassen. [6]. Diese Hinweise gelten auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 1

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: [1]. Der Auftraggeber wird einen Bewerber von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausschließen, wenn ein zwingender Ausschlussgrund i. S. d. § 123 GWB vorliegt. Ferner kann der Auftraggeber unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit einen Bewerber auch dann ausschließen, wenn ein fakultativer Ausschlussgrund i.S.d. § 124 GWB gegeben ist. Daneben wird auf die Ausschlussgründe nach § 19 Abs. 1 MiLoG, § 21 Abs. 1 A-EntG, § 98c AufenthG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG hingewiesen. Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen haben Bewerber und bevollmächtigte Vertreter einer Bewerbungsgemeinschaft eine Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Die Erklärung zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe ist in die Anlagen der Vergabeunterlagen integriert. Hinweis: Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind auf separater Anlage zu machen. Sonstige (nicht bevollmächtigte) Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und eignungsverleihende Unternehmen haben ebenfalls eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Dafür hat jedes nicht bevollmächtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft und jedes eignungsverleihende Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber sich zum Nachweis seiner Eignung beruft (vgl. § 47 VgV) eine Erklärung ausgefüllt und in Textform dem Teilnahmeantrag beizufügen. Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind auf separater Anlage zu machen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Erweiterungsbau Kindertagesstätte in Neuwied - Los 1: Objektplanung

Beschreibung: [1]. Beauftragter Leistungsumfang ist nach näherer Maßgabe der Verträge die Erbringung von Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9, die dem Leistungsbild Objektplanung Gebäude zugeordnet sind. Parallel werden die Planungsleistungen betreffend das Leistungsbild Freianlagen, Tragwerksplanung und TGA als separate Lose vergeben. Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen im Sinne einer Erweiterung des Vertrages entsprechend § 315 BGB durch den AG wie folgt: Objektplanung Gebäude: (a.) 1. Stufe: LH 1-4, (b.) 2. Stufe: LP 5, 6, (c.) 3. Stufe: LP 7-9. [2]. Für den Bauablauf stellt der Auftraggeber folgende Anforderungen in zeitlicher Hinsicht: (a). Mit der Auftragsausführung soll unmittelbar nach Beendigung des Vergabeverfahrens begonnen werden. Die Leistungsphase 4 wird der Auftragnehmer voraussichtlich Oktober 2025 abschließen. (b). Mit der Ausführung der erforderlichen Bauleistungen soll spätestens im März 2026 (Baubeginn) begonnen werden. (c). Die Maßnahme soll spätestens bis Ende 2027 abgeschlossen sein (Bauende). [3]. Kurzbeschreibung: Die bestehende Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt soll zur Deckung der KiTa Plätze und der Umsetzung des §14 Abs.1 KiTaG erweitert werden. Durch diese Maßnahme sollen zwei weitere Gruppen entstehen, die zusätzlichen Platz für 35 Kinder bieten. Für jedes Kind soll sichergestellt werden, dass diese in der Mittagsbetreuung ein Mittagessen angeboten bekommen können. Außerdem soll der Raumbedarf der KiTa den heutigen Empfehlungen angepasst werden und das Gebäude den Anforderungen den anerkannten allgemeinen Regeln der Technik entsprechen. Das Bestandsgebäude ist hierbei ebenfalls mitzubetrachten und muss entsprechenden Verordnungen der DGUV und den Energiestandards gerecht werden. Für das Grundstück gibt es keinen Bebauungsplan. Da sich das Umfeld sehr heterogen mit Gebäuden bis zu fünf Vollgeschossen darstellt, sollte eine Erweiterungsbebauung unproblematisch sein. Diese ist allerdings im Rahmen einer Bauvoranfrage zu klären. Bei der Maßnahme muss der Baumbestand berücksichtigt werden, weshalb ein Kartierbericht seitens AG erstellt wird und in der Leistungsphase 2 berücksichtigt werden kann. Als Prüfung zur Umsetzbarkeit der Erweiterung wurde vorab eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Diese schlägt einige Konzepte vor, weshalb sich vorab auf die Variante 2 der angegebenen Möglichkeiten geeinigt wurde. Die Variante ist deshalb in der Planung zu berücksichtigen und kann ggf. optimiert und angepasst werden. Wichtig ist es, die Planung auf diese Struktur hin auszurichten, architektonisch die Besonderheit der Nutzung hervorzuheben und mit nachhaltigen Gebäudekonzepten auf eine langfristige und flexible Nutzung des Gebäudes abzustellen. Es ist das Klimaschutzkonzept der Stadt Neuwied zu beachten. Außerdem sollen künftige Gebäude an den BNB Standard Gold bzw. dem glw. Standard im DGNB Verfahren angelehnt sein. Hierfür wird ein separat Fachplaner beauftragt, es ist allerdings wichtig, dass die Kenntnisse für die Umsetzung der Anforderungen vom Fachplaner vorhanden sind. [4]. Weitere Planer und Sachverständigen, die seitens der Stadt beauftragt werden: SiGeKo, Landschaftsplanung, Vermesser, Landschaftsschutzsachverständigen, Küchenplaner, HLS+E, Tragwerksplaner, Auditor, Bodengutachter. [5]. Weitere Informationen entnehmen Sie der Anlage "AzA Objektplanung" aus den Vergabeunterlagen.
Interne Kennung: 2025-18

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: [1]. Stufenweise Beauftragung: Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen im Sinne einer Erweiterung des Vertrages entsprechend § 315 BGB durch den AG wie folgt: [a]. 1. Stufe: LH 1-4, [b]. 2. Stufe: LP 5, 6. [2]. Zunächst werden nur die Grundleistungen der Leistungsphasen der ersten Stufe beauftragt. Der Auftraggeber kann die nachfolgenden Grundleistungen der jeweils nächsten Stufe ganz oder teilweise – in einer oder

mehreren weiteren Leistungsstufen durch schriftliche Erklärung gegenüber der Auftragnehmerin in Auftrag geben. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, auch die über die genannten Leistungen hinausgehenden Leistungen nach den Bedingungen des Vertrages zu erbringen, sofern diese Leistungen durch den Auftraggeber beauftragt werden. Diese Bindung entfällt für Leistungen, die nicht spätestens 6 Monate nach Abschluss der zuletzt (ganz oder teilweise) beauftragten Leistungsstufe beauftragt werden. Aus Projektverzögerungen, die allein auf die stufenweise Beauftragung zurückzuführen sind, kann die Auftragnehmerin einen zusätzlichen Vergütung- oder sonstigen Zahlungsanspruch nicht herleiten. Ein Rechtsanspruch der Auftragnehmerin auf Beauftragung mit weiteren Leistungen über den zunächst beauftragten Leistungsumfang hinaus besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Neuwied

Postleitzahl: 56564

Land, Gliederung (NUTS): Neuwied (DEB18)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: AWO, Am Schlosspark 40, 56564 Neuwied. Gemarkung/Flurstück: Neuwied, Flur 1, Flurstück 9/2

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 18/08/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2027

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: [1]. Bewerber- und Bietergemeinschaften: Die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten durch Bewerber- und Bietergemeinschaften ist zulässig.

Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung einzureichen, in der die Bildung einer Bieter- bzw. Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. Für diese Erklärungen ist die in den Teilnahmeantrag/ Bewerbungsbogen integrierte „Erklärung bei Bewerber-/Bietergemeinschaften“ zu verwenden. Die unterschriebene Bietererklärung ist im Original dem Auftraggeber auf Anforderung vorzulegen. Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat die in dem Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen geforderten Angaben und Unterlagen vorzulegen. Die Bildung von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften muss vor Einreichung des Teilnahmeantrags erfolgen. Eine nachträgliche Bildung einer Bewerber- oder Bietergemeinschaft, insb. nach Ablauf der Frist zur Einreichung des Teilnahmeantrags, ist nicht zulässig. [2]. Eignungsleihe: Im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die technische und berufliche Leistungsfähigkeit kann ein Bewerber die Kapazitäten anderer Unternehmen (Dritte) in Anspruch nehmen (sog. „Eignungsleihe“, vgl. § 47 VgV). Diese Möglichkeit besteht ungeachtet

des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Ein Bewerber kann sich auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten Dritter bedienen. Findet eine Eignungsleihe statt, hat der Bewerber in dem Formblatt Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen anzugeben, dass er Kapazitäten anderer Unternehmen für die Eignungsprüfung in Anspruch nimmt. Zudem muss der Bewerber im Falle der Eignungsleihe nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel und Kapazitäten dieser anderen Unternehmen tatsächlich zur Verfügung stehen (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 1 VgV). Diesen nach § 47 Abs. 1 VgV erforderlichen Nachweis erbringt der Bewerber, indem er mit dem Teilnahmeantrag zum Beispiel eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Für den Nachweis in Form einer Verpflichtungserklärung ist es ausreichend, wenn das Formblatt 236 (Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen) ausgefüllt und von dem anderen Unternehmen unterzeichnet dem Teilnahmeantrag beigelegt ist. Der Nachweis ist auch auf andere gleich geeignete Weise möglich, die belegt, dass dem Bewerber die Mittel und Kapazitäten tatsächlich verbindlich zur Verfügung stehen. Ein gleich geeigneter Nachweis kann beispielsweise ein entsprechender Vertrag zwischen Bewerber und Drittem sein. Außerdem muss jeder Dritte, auf dessen Eignung sich der Bewerber bezieht, seine Eignung in dem Umfang wie der Bewerber selbst nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die relevanten Erklärungen auf dem Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen durch den Dritten abzugeben und dem Teilnahmeantrag beizulegen sind. Weiter verlangt der Auftraggeber für den Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, dass das andere Unternehmen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe gemeinsam mit dem Bewerber für die Auftragsausführung haftet (§ 47 Abs. 3 VgV). Diese Erklärung ist in die Vergabunterlagen integriert. Dieses ist ausgefüllt und von dem Dritten unterschrieben und eingescannt zusammen mit dem Teilnahmeantrag an den Auftraggeber zu übermitteln. Im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit sind in dem auf dem Formblatt Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen auch die Referenzprojekte des Dritten einzugeben. Der Dritte ist dann jeweils als Referenznehmer zu benennen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit (wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder einschlägige berufliche Erfahrung) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch genommen werden können, wenn diese (Dritte) die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV). Schließlich muss auch der Dritte, auf dessen Eignung sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft beruft, nachweisen, dass für ihn keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu hat der Bewerber im Teilnahmeantrag/Bewerbungsbogen durch jeden Dritten ausgefüllt und in Textform dem Teilnahmeantrag beizufügen. Angaben zu etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind ebenfalls in dem Formblatt – Ausschlussgründe Dritte und ggf. auf separater Anlage zu machen. Der Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen (Dritte), deren Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Erfüllt der Dritte die entsprechenden Eignungskriterien nicht vollständig oder liegt ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB vor, muss der Bewerber dieses Unternehmen ersetzen. Hierfür setzt der Auftraggeber dem Bewerber eine angemessene Frist. Der Auftraggeber behält sich vor, die Ersetzung des Dritten auch dann zu verlangen, wenn in dessen Person ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: [1]. Der Auftraggeber prüft, ob bei dem Bewerber die Befähigung und die Erlaubnis zur Berufsausübung gemäß § 44 VgV vorliegen. Zugelassen als Ingenieur ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder nach den EU-Richtlinien, insbesondere den Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome bzw. Bachelor und Master berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. Der Nachweis erfolgt durch Angaben auf den Formblätter zum Teilnahmeantrag.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Auftraggeber wird ferner die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers überprüfen. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn nach der Einschätzung des Auftraggebers anzunehmen ist, dass der Bewerber über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um seine laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem hiesigen Auftrag zu erfüllen. [1]. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit verlangt der Auftraggeber die im Folgenden genannten Angaben und Nachweise, die der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen hat: Umsatzangaben: [a]. Gesamtjahresumsatz des Unternehmers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021 – 2023). Diese Angaben sind auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen zu machen. [b]. Der Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre [2021 - 2023] für den Tätigkeitsbereich, der Gegenstand des Auftrags ist, sofern das Unternehmen noch Umsätze aus anderen Tätigkeitsbereichen erzielt. Diese Angaben sind auf dem Formblatt Teilnahmeantrag / Bewerbungsbogen zu machen. [1.A]. Mindestanforderung: Durchschnittlicher Jahresumsatz mit vergleichbaren Leistungen von 200.000 Euro netto in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Vergleichbar sind Planungsleistungen des hier betroffenen Leistungsbildes der Technische Ausrüstung. [2]. Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Abgaben: Diese Erklärung ist auf dem Formblatt Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen abzugeben. [3]. Nachweis einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung: [3.1]. Eigenerklärung darüber, dass für den Bewerber eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens mit folgenden Mindestdeckungssummen besteht: Personenschäden: 5.000.000,00 EUR und sonstige Schäden: 5.000.000,00 EUR. Die Maximierung der Ersatzleistung beträgt mindestens das Zweifache der genannten Deckungssummen pro Versicherungsjahr. Die Berufshaftpflichtversicherung kann während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Die Versicherung weist eine zeitlich unbegrenzte Nachhaftungsfrist auf. Diese Angaben sind über eine Eigenerklärung anzugeben. [3.2]. Zusätzlich zur Eigenerklärung ist ein aktueller Nachweis (nicht älter als 3 Monate rückwirkend zum Submissionstermin) des Bestehens der Betriebshaftpflichtversicherung einzureichen. [3.3]. Alternativ (= Falls der Bewerber zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags noch nicht über die beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügt bzw. die bestehende Berufs- bzw.

Betriebshaftpflichtversicherung nicht die genannten Deckungssummen aufweist), ist eine Unwiderrufliche Erklärung, dass der Bewerber in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit den geforderten Mindestdeckungssummen und sonstigen genannten Anforderungen für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende abzuschließen und entsprechende Nachweise dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorzulegen. Zusätzlich zur Eigenerklärung ist eine verbindliche Erklärung des Haftpflichtversicherers vorzulegen, aus der folgt, dass eine bereits bestehende Haftpflichtversicherung im Auftragsfall entsprechend erhöht bzw. die geforderte Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung gewährt wird.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn der Bewerber über die Fachkunde und Erfahrungen verfügt, die für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen in angemessener Qualität erforderlich sind. Zur Beurteilung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit verlangt der Auftraggeber die im Folgenden genannten Angaben und Nachweise, die der Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag einzureichen hat: [1]. Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers: Angabe der in den letzten drei Jahren (2021 – 2023) durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl des Bewerbers (ohne Auszubildende) und der Führungskräfte. Diese Angaben sind auf dem Teilnahmeantrag /Bewerbungsbogen zu machen. [1.A]. Es müssen derzeit mindestens zwei Ingenieure dem Unternehmen angehören. Zugelassen als Ingenieur ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder nach den EU-Richtlinien, insbesondere den Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome bzw. Bachelor und Master berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. Mit dem Teilnahmeantrag ist eine entsprechende Befugnis der hier benannten Beschäftigten nachzuweisen. [2].

Mindestanforderungen Referenzen: Es müssen mindestens drei mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbare Referenzen vorgelegt werden. Als vergleichbar gilt eine Referenz, wenn sie die folgenden Anforderungen erfüllt: (a). Inhalt des Referenzprojektes ist die Sanierung, Um- oder Anbau oder Neubau von öffentlichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendbetreuung, wie z. B. Schulbauten oder Kindertagesstätten. (b). - Die Leistungen umfassten die Leistungsphasen 1 bis 6 nach § 51 Abs. 1 HOAI, wobei die Leistungsphasen nicht zwingend alle in einem Referenzprojekt verwirklicht sein müssen. Jede Leistungsphase muss jedoch mindestens dreimal erbracht worden sein. (c). Das Projekt wurde nach dem 01.05.2019 abgeschlossen. Ein Projekt gilt als abgeschlossen, wenn die Leistungsphase 6 bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge erbracht wurde. [2]. Für jede Referenz ist ein Steckbrief als gesonderte Anlage mit Angabe des Auftraggebers, der Baukosten, Bauzeit, der Honorarzone und der Besonderheiten bezogen auf die Vergleichbarkeit zu diesem Projekt sowie Besonderheiten in der Technik/Tragkonstruktion und Genauigkeitsangabe, wie stark die Zeiten und Kosten eingehalten wurden, ggf. Bilder beizufügen. [3]. Die Referenzen sind mit den im Teilnahmeantrag enthaltenen Formblättern nachzuweisen. Bei Bewerbergemeinschaften sind die Referenzkriterien insgesamt nachzuweisen, das heißt der Referenznachweis ist nicht von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln zu führen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Auswahlentscheidung erfolgt auf Grundlage der in dem Teilhmeantrag angegebenen Unternehmensreferenzen: [1]. Das Kriterium zu "Referenzen" ist für die Eingrenzung des Teilnehmerkreises (vgl. Ziffer 5.1.9 der EU-Bekanntmachung) entscheidend. Deshalb sollten so viele Referenzen wie möglich aufgeführt werden. Für die Auswahl der zur zweiten Stufe aufzufordernden Bieter ist die höchste Zahl an vergleichbaren bedingungsgemäßen Referenzen maßgeblich. Liegen mehrere Bewerber /innen auf dem 3. bzw. 5 Platz, entscheidet das Los.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: [1]. Referenzen (Projektleiter, Stellv. Projektleiter), [2]. Konzepte (Umsetzungskonzept, Terminalsicherungskonzept, Kostensicherungskonzept, Qualitätssicherungskonzept, Zusammenarbeit) [3]. Präsentation im Verhandlungsgespräch.

Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote sind abzurufen unter: <https://www.subreport.de/E92596356>.

Beschreibung: Die Qualität ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind ausführlich in den Vergabeunterlagen im Dokument "Aufforderungen zu Abgabe von Teilhmeanträgen und Bewerbungsbedingungen" unter dem Punkt: Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote aufgeführt und sind abzurufen unter: <https://www.subreport.de/E92596356>.

Kategorie des Festwert-Zuschlagskriteriums: Fester Wert (insgesamt)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: [1]. Preis (Gesamtangebotspreis, Honorarsatz) Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote aufgeführt und sind abzurufen unter: <https://www.subreport.de/E92596356>.

Beschreibung: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind ausführlich in den Vergabeunterlagen im Dokument "Aufforderungen zu Abgabe von Teilhmeanträgen und Bewerbungsbedingungen" unter dem Punkt: Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote sind abzurufen unter: <https://www.subreport.de/E92596356>.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: [1]. Preis: [1.A]. Gesamthonorar: Das günstigste Angebot 10 Pkt.. Das Angebot mit dem 1,5-fachen 0 Pkt.. Dazwischen wird interpoliert. [1.B]. Honorarsatz: Das Angebot mit dem geringsten Zuschlag bzw. höchstem Abschlag gegenüber dem Mindestsatz erhält 10 Pkt.. Das Angebot mit dem 1,5-fachen Zu- bzw. Abschlag erhält 0 Pkt.. Dazwischen wird interpoliert. [2]. Referenzen: Die Referenzen des Projektl. /Stellv. Projektl. gem. Mindestanforderungen werden je mit 5 Pkt. bewertet. Keine Referenz die die

Mindestanforderung erfüllt, 0 Pkt.. Über zwei Mindestreferenzen mit 1 Pkt. pro Referenz bewertet. Maximal 10 Pkt.. [3.] Präsentation im Verhandlungsgespräch: Sehr gute Leistung 5 Pkt., gute Leistung 4 Pkt., befriedigende Leistung 3 Pkt., ausreichende Leistung 2 Pkt., mangelhafte 1 Pkt., ungenügende Leistung 0 Pkt..

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E92596356>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 29/07/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E92596356>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 20/05/2025 10:30:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 59 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle kann gemäß § 56 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 VgV unternehmensbezogene und leistungsbezogene Unterlagen nachfordern oder vervollständigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern

getragene Erklärung abzugeben, in der die Bildung einer Bietergemeinschaft sowie einer

Arbeitsgemeinschaft aus allen Mitgliedern im Auftragsfall erklärt wird, in der alle Mitglieder

aufgeführt sind und der für das Vergabeverfahren und die Durchführung des Vertrages

bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist. Die Bewerbergemeinschaft hat zu erklären, dass der

bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,

und dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, der späteren Bietergemeinschaft und (im

Auftragsfall) der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften. Die Bewerber-

/Bietergemeinschaften haben die Erklärung welche in den Vergabeunterlagen enthalten ist,

abzugeben. Diese ist vollständig auszufüllen, von allen Mitgliedern rechtsverbindlich zu

unterschreiben (Textform nach § 126b BGB reicht hier nicht) und eingescannt im PDF-Format

mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Finanzielle Vereinbarung: Hinweis zu BT-743: Eine elektronische Rechnungsstellung ist zulässig, aber nicht erforderlich

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau -
Vergabekammer-

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3
GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen
Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem
Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen
Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens
bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur
Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen
Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum
Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist
ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des
Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Stadtverwaltung
Neuwied

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die Angebote bearbeitet: Stadtverwaltung Neuwied

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts
des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00000628

Postanschrift: Engerser Landstr. 17

Stadt: Neuwied

Postleitzahl: 56564

Land, Gliederung (NUTS): Neuwied (DEB18)

Land: Deutschland

E-Mail: verdingungsstelle@neuwied.de

Telefon: 026318020

Internetadresse: <https://www.neuwied.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. **ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau -
Vergabekammer-

Registrierungsnummer: USt-ID: DE355604198

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vegabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telefon: 06131162234

Fax: 0613116162113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. **ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1a95d1c9-8c6c-493c-b512-b2136fdc8601 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/04/2025 07:56:42 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 258946-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 78/2025

Datum der Veröffentlichung: 22/04/2025